

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Postsekonto: Dresden 1530
Groszkasse Nr. 52

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa,
Telefon Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzolamts Meißen.

Nr. 222.

Montag, 22. September 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Gehöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Kuffschlag, feste Tarife, Vermittlung Rabatt reichlich, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden mag oder der Auftraggeber in Kontros gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstellige Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". - Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten - hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Vor wichtigen Entscheidungen.

Berlin. In den politischen Kreisen steht man dem für Dienstag anberaumten Kabinettsrat in Berlin mit großer Spannung entgegen. Die Mitglieder des Reichskabinetts werden in Berlin versammelt sein, sobald bereits zu diesem Zeitpunkt wichtige Vorbesprechungen zwischen dem Reichspräsidenten Ebert, dem Reichskanzler Dr. Marx und dem Außenminister Dr. Stresemann stattfinden werden. Wie wir erfahren, werden im Vordergrund der Beratungen die Probleme des Eintritts in den Völkerbund und die Umgestaltung der Reichsregierung stehen. Sehr wahrscheinlich wird auch über die bevorstehenden deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen gesprochen werden, die in den nächsten Wochen eine wichtige Rolle spielen dürften. Weiter verlautet, daß das Reichskabinettsrat die Einberufung des Reichstages erörtern wird, da sich in dem parlamentarischen Kreise der Wunsch auf früheren Parlamentszusammentritt immer lebhafter geltend macht.

In den parlamentarischen Kreisen erwartet man mit großer Bestimmtheit eine grundsätzliche Entscheidung der Reichsregierung in der Frage des Völkerbundes. Da der Reichskanzler in Signarungen den bisher streng geheim gehaltenen Inhalt des berühmten vorwärtigen Völkerbunddelegierten Komitees empfangen hat, nimmt man an, daß sich die vorbereitenden Verhandlungen darüber bereits im entscheidenden Stadium befinden.

Der deutsche Botschafter in Paris, Herr von Dösch, der seit mehreren Tagen in Berlin weilte, wird voraussichtlich vor dem entscheidenden Kabinettsrat wichtige Besprechungen mit dem Reichskanzler und dem Außenminister haben. Er wird Mitte der Woche nach Paris zurückkehren.

Eine Rede des Reichskanzlers.

Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. * Radolfzell. Auf dem gestern hier abgehaltenen Parteitag des badischen Zentrums sprach auch Reichskanzler Dr. Marx das Wort und äußerte sich über die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund. Er führte dabei u. a. aus, daß der Gedanke des Völkerbundes an und für sich durchaus richtig ist. Ob aber der Völkerbund in seiner gegenwärtigen Gestalt in der Lage sei, zum Wohle der gesamten Menschheit zu arbeiten und das friedliche Nebeneinanderleben der Völker herbeizuführen, sei fraglich. Wenn Deutschland einen Antrag zur Aufnahme in den Völkerbund stellt, dann kann es ihn nur unter der Bedingung tun, daß es als Großmacht anerkannt wird und daß ihm seine Freiheit gelassen wird und seinen gerechten Ansprüchen genügt wird. Ob das Kabinettsrat am nächsten Dienstag in diesem Sinne zu einer Entscheidung kommen werde, wisse er nicht. Er glaube aber, daß eine große Zahl von Momenten gerade gegenwärtig dafür spricht. Wir werden ruhig alles abwarten. Ich bin durchaus der Meinung, daß der Schritt getan werden muß, auch wenn er von noch so vielen verachtet und angegriffen wird. Wir werden im Kabinettsrat nur den Weg des Rechtes und der Gerechtigkeit zu gehen haben. Die Einigkeit des Reiches sei das Hauptziel der Zentrumspartei. Wie werden alles tun, die Völkerei der befreundeten Gebiete zu erleichtern. Das ganze Deutschland ist verpflichtet, diese Lasten mitzutragen zu helfen und alle Reparationslasten. Deutschland hat den Krieg verloren, nicht die Rheinlande und Westfalen allein. Die Wege, die in London gegangen worden sind, müssen wir weiter beibehalten.

In der Aussprache ergriff u. a. der badische Staatspräsident Dr. Köhler das Wort und dankte dem Reichskanzler dafür, daß er die Einheit des Reiches wieder hergestellt habe. Zur Finanzlage Badens erklärte der Staatspräsident, daß die Steuerpolitik von Grund auf so rasch wie möglich geändert werden müsse. Dr. Köhler schloß mit einem mit großem Beifall aufgenommenen Treuebekenntnis Badens zum Reich, wobei allerdings Baden nicht immer das Gefühl gehabt habe, daß diese Treue auch überall anerkannt worden sei. In der Nachkriegszeit habe sich im Reich und bei den Ländern eine Bürokratie aufgebaut, die für die Eigenart der Länder kein Verständnis gehabt habe. Baden verlange wieder eine größere Freiheit.

Reichswirtschaftsminister Hamm zur Lage der deutschen Wirtschaft.

Der Zentralverband des Deutschen Großhandels hielt, wie wir bereits kurz berichteten, am Sonnabend im Saale des Reichswirtschaftsrats in Berlin seine 8. ordentliche Mitgliederversammlung ab. Der Präsident des Zentralverbandes Dr. Ravens gedachte in einer Ansprache der Lasten, die das Dawes-Gutachten dem Großhandel auferlege. Der Großhandel träube sich nicht gegen diese Lasten, doch liege der Gedanke nahe, ob nicht besser die Last auf das ganze deutsche Volk zu verteilen sei. Die Aufnahme von Handelsvertragsverhandlungen sei zu begrüßen, aber jeder Versuch Belgiens und Frankreichs, widerrechtlich bestes Geld als Kompensationsobjekt zu benutzen, müsse zurückgewiesen werden. (Beifall.)

Reichswirtschaftsminister Hamm führte über die Lage der deutschen Wirtschaft aus, daß jetzt doch einige Hoffnungsblicke mehr als bei der vorigen Tagung sich ergaben. Für den Wiederkauf der Nation gelte es, deutsches Wesen zu pflegen und den Glanzen an deutsches Recht zu wecken, aber auch die deutsche Wirtschaft gesund zu machen. Manche Strömungen im Volke meinten allerdings, daß die Regierung das Wirtschaftliche zu sehr in den Vordergrund geschoben habe

Das deutsche Volk stehe aber mitten in der Weltwirtschaft. Für die Volkswirtschaft notwendig sei auch die spürbare Tätigkeit des Großhandels, der damit auch mittelständische Förderung wolle. Das neue Wirtschaftsprogramm der Regierung bilde die Brücke, die vom Kampf Boden der Inflation zu einem neuen harten und feinsten, aber doch festen Boden führe. Die verminderte innere Konsumkraft des Volkes werde durch die Reparationsgesetze nicht ausgeglichen werden können, aber Deutschland könne jetzt ausgiebiger wieder sein Wirtschaftsgeschehen zu einer wirtschaftlichen Einheit zusammenschließen, nachdem die Binnenwirtschaft endlich gefallen sei. Die Beizelung der Reparationsgesetze bedeute ferner die Umkehr der Reparationsgebiete von unerhörtem Druck. Das Programm der Regierung bringe eine Ermäßigung der Umsatzsteuer, aber auf die Dauer werde auch die verbleibende Umsatzsteuer von zwei Prozent nicht getragen werden können. (Lebhafte Zustimmung.) Das Programm bringe weiter eine Ermäßigung der Eisenbahntarife, die Senkung der Kohlenpreise und Erleichterungen der Bahnbedingungen. Auf dieser Grundlage werde auch noch weiter gearbeitet werden müssen, insbesondere durch den Abbau der Steuern der Wirtschaft. Mit der Sicherung unserer Währung sei die Devisenangelegenheit zum großen Teil zwecklos geworden. Unsere Handelsbilanz sei in allmählicher Besserung begriffen, sie zeige in der letzten Zeit einen Rückgang der Einfuhr an Wertwaren und eine Steigerung der Ausfuhr von 120 bis 140 Millionen Goldmark absehlich werde. (Beifall.) Nur mit der Ausfuhr könne Deutschland seine Reparationspflichten leisten. In bezug auf die in England und auch in Frankreich die Bewegung gegen Hochzölle. Die Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich werden grundlegend für ganz Europa sein. In diese Verhandlungen trete Deutschland frei und ohne jede Bindung und ohne die Beschränkung der Kaufkraft der befreundeten Gebiete mit Handelskonventionen zu verkaufen. Das Rheinland selbst denke nicht anders. (Zustimmung.) Deutschland werde die Wirtschaftspolitik nur den Ländern gewähren, von denen sie ihm selbst zugestanden werde. (Lebhafte Beifall.)

Preussischer Handelsminister Eisinger überbrachte dem Großhandel die Grüße der preussischen Staatsregierung.

Über den „Aufbau der deutschen Handelspolitik“ referierte Johann Ministerialdirektor v. Stöckmann. Der Redner wies auf die Beziehungen hin, die der Vertrag von Versailles unter den wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands angedeutet hat. Deutscherseits werde daran festgehalten, bei allen Verhandlungen eine Sonderbelastung der deutschen Produktion unter dem Vorwand des Dumping zu vermeiden. Ferner müßten wir wieder zu langdauernden Tarifverträgen übergehen. Das Leitmotiv der anderen sei leider die Angst vor deutscher Lähmigkeit. (Sehr richtig.)

Im Schluß ergriff Reichstagsabgeordneter Reimann das Wort. Der deutsche Großhandel: Rückblick und Ausblick im Jahre 1924. Vom Dawes-Gutachten erwartete der Großhandel eine Besserung. Wenn aber im Mittelpunkt die Kreditfrage stehe, so sei sie eng verknüpft mit der Frage des Vertrauens. Dazu bedürfte es der Ruhe im Innern und der Sicherung der Währung. Hier müsse die Regierung auf die Notwendigkeit einer Veränderung der Transferbestimmungen hingewiesen werden. Die Belastung müsse endlich genau festgelegt, die Zwangswirtschaft völlig abgebaut, die steuerliche Belastung zweckmäßig festgelegt, die Steuerläge maßvoll gestaltet werden. Die nächste Versammlung wird in Dresden stattfinden.

Hauptversammlung der Deutschen Kolonialgesellschaft.

Im großen Sitzungssaal des Rivalkinos in Potsdam trat am Sonnabend vormittag die Deutsche Kolonialgesellschaft zu ihrer Hauptversammlung zusammen, nachdem den Teilnehmern auf dem Bornstedter Feld die Traditionsformationen der früheren Schutztruppe vorgesetzt worden waren. Der Präsident der Gesellschaft Gouverneur a. D. Zeit wies in seiner Begrüßungsansprache darauf hin, daß die Kolonial-Gesellschaft und die koloniale Reichsarbeitsgemeinschaft von der Reichsregierung verlangt haben, daß der Eintritt in den Völkerbund von der Erfüllung gewisser Mindestforderungen auf kolonialen Gebieten abhängig gemacht werde. Das noch nicht kandidierte deutsche Privatigentum in den Schutzgebieten müsse den ursprünglichen Eigentümern zurückgegeben werden, die deutsche Einwanderung müsse freigegeben und den Deutschen müsse die freie Tätigkeit in den ehemaligen deutschen Schutzgebieten in der gleichen Weise wie den Angehörigen aller anderen Nationen gewährleistet werden und vor allem müsse bei der Mandatsverteilung Deutschland berücksichtigt werden. Die Kolonialgesellschaft führe ferner den Kampf gegen die Schuldfrage und besonders gegen die koloniale Schuldfrage sowie gegen die schwarze Schmach im besetzten Gebiet, die die gesamte weiße Rasse gefährde.

Auf Antrag des Generalkonferenzleiters A. Knoch wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der von neuem ein glühender Protest gegen den Raub unserer Kolonien gerade in Potsdam, der Stätte, die jedem Deutschen durch die Erinnerung an den großen Preussenkönig Friedrich den Ersten geblüht sei, erhoben wird; die Verdrängung der Völkerei der deutschen Kolonien werde ebenso nur auf Zug und Trug wie der gesamte Vertrag von Versailles.

Eine längere Aussprache entwickelte sich über die Anträge verschiedener Abteilungen, die Maßnahmen zur Verbreitung des kolonialen Gedankens vor allem in der Jugend fordern. Es wurde namentlich angeregt, in den Schulen Vorträge über koloniale Fragen zu halten. Die Versammlung stimmte einem Antrag München zu, wonach jungen befähigten Leuten die Möglichkeit gegeben werden soll, die Kolonien zu besuchen und dort an Ort und Stelle kolonialwirtschaftliche Studien zu betreiben.

Ferner wurde einstimmig ein Antrag angenommen, in dem die Reichsregierung aufgefordert wird, namentlich die Rückgabe der Kolonien zu verlangen, da die Entente durch die Nichtanerkennung ihres Wertes im Londoner Abkommen deutlich zum Ausdruck gebracht habe, daß sie die Wagnisse nicht als endgültig betrachte. In einer weiteren Entschließung protestiert die Hauptversammlung gegen die Verwendung farbiger französischer Truppen im besetzten Deutschland.

Im Anschluß an die Hauptversammlung fand eine Kolonialkrieger-Gedächtnisfeier in der Potsdamer Garnisonkirche statt.

Frankreich erhebt die 26prozentige Ausfuhrabgabe.

Paris. Die Agentur Havas sucht in einer halbamtlichen Veröffentlichung das Inkrafttreten des französischen Gesetzes aus dem Jahre 1921 über die 26prozentige Abgabe vom Wert der deutschen Einfuhr wenige Tage vor dem Beginn der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen, wie folgt mündig zu machen: Der Sachverhalt ist ein Abgabe dieser Art vorhalten, die keineswegs ein Wehr an Zoll bedeutet und die den Exporteuren keine neuen Lasten aufbürdet. Die Einziehung durch den französischen Staat wird tatsächlich von Deutschland reiflos zurückgezahlt. Diese Maßnahme bedeutet ein praktisches Vorgehen, um der französischen Staatskasse den Teil der Reparationszahlungen Deutschlands, der ihr zukommt, zu überweisen. Die Maßnahme wird die französisch-deutschen Handelsbeziehungen in keiner Weise erschweren, und sie wird ferner den Warenverkehr Frankreichs mit den anderen Ländern nicht behindern. Das Ausführungsdekret sieht besondere Maßnahmen für deutsche Produkte vor, die aus anderen Ländern kommen, namentlich für die, die von einem Kaufmann bezogen wurden, der in einem dritten Lande wohnt und durch ihn für seine eigene Rechnung verkauft werden.

Havas glaubt übrigens zur Vermeidung darauf hinweisen zu können, daß der in England bestehende Recovery Act bis jetzt zu keinerlei Schwierigkeiten geführt habe. Das Dekret, das die französische Regierung vorzulegen in Kraft tritt, ist auf diplomatischem Wege Deutschland, England, Belgien, Italien, Südamerika, Rumänien und der Tschekoslowakei notifiziert worden.

Paris. Einige Blätter betonen, daß die 26prozentige Abgabe von der Einfuhr deutscher Waren ab 1. Oktober von den französischen Zollbehörden vom französischen Empfänger der deutschen Sendungen erhoben werde.

Der Umfang der Abgabe.

Paris. Nach dem Temps berechnet man die jährlichen Einnahmen, die der französische Fiskus durch die 26prozentige Abgabe von der deutschen Einfuhr erzielen kann, auf mehr als 250 Millionen Papierfranken.

Die Ausdehnung der 26prozentigen Ausfuhrabgabe, die seit dem 9. September in England wieder erhoben wird, auch auf Frankreich birgt neben der Erhöhung des Handels, die englische Verbände bereits zu Protesten gegen die Maßnahme veranlaßt hat, sehr ernste Gefahren in bezug auf die Transferbestimmungen des Dawes-Plans. Es kann auf diese Weise dahin kommen, daß wir im ersten Jahr im Verein mit den Sachleistungen mehr aufbringen und übertragen als die 800 Millionen, zu denen wir verpflichtet sind.

Beginn der Reichswehrkontrollen am Montag.

Berlin. Nachdem mit dieser Woche die Übungen sämtlicher Reichswehrtruppen beendet sind, beginnen die Besuche der internationalen Militärkontrollkommission bei der Truppe am Montag, den 22. September. Es werden im Laufe der kommenden Woche mehrere Truppenteile, u. a. in Schlesien und Brandenburg und das Reichswehrministerium besucht werden. Seit Beginn der Generalinspektion am 8. September 1924 sind von der internationalen Militärkontrollkommission u. a. besucht worden 1. sämtliche sieben Wehrkreisverwaltungsämter, 2. die Polizeibehörden in allen größeren Städten, 3. die Zeugämter und die Zeugnisämter, 4. eine große Anzahl von Fabriken der früheren Kriegsindustrie, 5. die Marinezentrale in Kiel und Wilhelmshaven.

Zeitswahl im Wahlkreis Ostpreußen.

Das Wahlergebnis in Dittmannsdorf (Amtshauptmannschaft Meißen).

In Dittmannsdorf (Amtshauptmannschaft Meißen), Wahlkreis 28, Dresden-Vahren, fand gestern wegen unzulässiger Wahlpropaganda bei den Reichstagswahlen eine Wiederholungswahl statt, bei der folgende Stimmen abgegeben wurden: Sozialisten 33 (bei der Hauptwahl 48), Deutschnationale 207 (297), Demokraten 9 (18), Kommunisten 6 (9), Deutsche Volkspartei 11 (25), Deutschnationale 5 (4), Völkischsozialer Block 1 (6), Zentrum —. Sonstige Wählergruppen 3. Die Wahlbeteiligung war gering. Es wurden im ganzen nur 275 gegen 411 Stimmen bei der Hauptwahl abgegeben.